

Medienmitteilung der IG Freiheit

Kostentransparenz in der Verwaltung und Eindämmung der Vorstossflut

Die IG Freiheit ist erfreut, dass die Staatspolitische Kommission des Nationalrats den Vorstoss von Fabio Regazzi für die Einführung eines Verordnungsvetos nach wie vor mit klarer Mehrheit unterstützt. Gleichzeitig ist es enttäuschend, dass die Vorstösse von Fabio Regazzi und Diana Gutjahr zur Schaffung von Kostentransparenz, aber auch der Vorstoss von Gregor Rutz zum Abbau der Geschäftslast knapp abgelehnt worden sind. Die IG Freiheit setzt sich dafür ein, dass das Ratsplenum diese Entscheide korrigiert.

Für jeden Gewerbebetrieb ist klar: Die Kosten für Aufträge und Mandate müssen gegenüber den Kunden ausgewiesen werden. Jede Offertstellung beinhaltet selbstredend die Berechnung der Kosten und Aufwendungen für die Erbringung einer Dienstleistung oder die Fertigstellung eines Produkts. Was für Gewerbebetriebe eine Selbstverständlichkeit ist, soll für die Bundesverwaltung offenbar nicht gelten. Nur so ist die Ablehnung der Vorstösse von Diana Gutjahr (22.434, Folgekosten von parlamentarischen Vorstössen ausweisen) und Fabio Regazzi (22.435, Kosten von parlamentarischen Vorstössen ausweisen) zu erklären.

Die Haltung, eine genaue Erhebung der Kosten und des zeitlichen Aufwands für die Beantwortung von Fragen oder Vorstössen sei «nicht verhältnismässig» und erfordere «aufwendige Abklärungen», ist unverständlich. Die Erfassung von Zeit und Aufwand für einzelne Aufträge ist für jeden Gewerbebetrieb ein standardmässiger Vorgang. Dies muss auch für den Bund gelten. Daher wird die IG Freiheit weiterhin für die Vorstösse Regazzi und Gutjahr kämpfen.

Sondersessionen dürfen nicht zu zusätzlicher Pendenzenlast führen

Beide Räte können Sondersessionen beschliessen, wenn die ordentlichen Sessionen «zum Abbau der Geschäftslast» nicht ausreichen. Daher führt der Nationalrat mittlerweile jedes Jahr eine mehrtägige Sondersession durch. Das Ziel dieser Session – der Abbau der Geschäftslast – wird jedoch nicht erreicht: Auch in Sondersessionen werden mehr neue Vorstösse eingereicht, als alte Geschäfte erledigt werden. So wurden in der diesjährigen Sondersession des Nationalrats rund 50 Geschäfte erledigt, gleichzeitig aber über 150 neue Vorstösse eingereicht. Die Pendenzenliste ist damit unter dem Strich um 100 Geschäfte gewachsen.

Daher fordert Gregor Rutz dass Sondersessionen künftig einzig dazu verwendet werden dürfen, die Geschäftslast abzubauen. Neue Vorstösse sollen in Sondersessionen nicht mehr eingereicht werden dürfen. Die entsprechende parlamentarische Initiative wurde von der SPK-N mit 12:13 Stimmen äusserst knapp verworfen.

Fabio Regazzi kämpft erfolgreich für ein Verordnungsveto

Bereits vor 10 Jahren hat der Nationalrat einem ersten Vorstoss für ein Verordnungsveto zugestimmt. Leider ist es eine Tatsache, dass in der politischen Praxis nicht immer vermieden werden kann, dass in einzelnen Fällen die Interpretation des Willens des Gesetzgebers durch Bundesrat und Verwaltung nicht der tatsächlichen Intention entspricht. Für solche Fälle fehlt eine «Notbremse», mit der eine Parlamentsmehrheit die korrekte Interpretation ihres eigenen Willens durchsetzen kann. Die derzeit diskutierten Alternativvorschläge sind Schritte in die richtige Richtung, aber keine Lösung des Problems. Daher ist es erfreulich, dass die Initiative von Fabio Regazzi Gelegenheit bietet, diesem wichtigen Anliegen nun zum Durchbruch zu verhelfen. Es ist erfreulich, dass die SPK-N an der Unterstützung der Initiative festhält.

Bern / Zollikon, den 18. November 2022